

Dresdener Nachrichten

Begründet 1836

Verleger: Nachrichten Dresden, Fernsprecher-Gesellschaft: 25 241, Kur für Redaktionsgebühren: 20 011.

Lebeck's - **Dreixing-**
Kakao, Schokolade,
Konfitüren, Zuckerwaren.
Firma gegr. 1838. • 16 mal prämiert.

Druck u. Verlag von Ullrich & Neidhardt in Dresden. Pollich-Ann. 1068 Dresden.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zustellung oder durch die Post | Anzeigen-Preise. Die Spalt. 7 mm breite Zeile 4 M. Auf Familienanzeigen, Anzeigen und Stellen- u. Wohnungsmarkt, Spalt. 12 mm u. Verbreitung 25%. Bezugsgebühren laut Tarif. Anzeigen-Preise geg. Vorauszahlung. - Einzelnummer 75 Pf. Nachdruck nur mit bewilligter Quellenangabe „Dresdener Nachr.“ wählbar. Unersuchtigte Behauptungen werden nicht beantwortet.

Lipinski über die Beamtenpolitik in Sachsen.

Freie Bahn dem Gesinnungsfähigen!

Der sächsische Minister für „Entfaltungen“ Lipinski hat dem sächsischen Landtage am gestrigen Donnerstag bei der Beantwortung einer Anfrage des deutschnationalen Abgeordneten Wagner über die Mahregelung des Ministerialdirektors Dr. Schmitt so etwas wie ein kleines Sensationelles berichtet. Eigentlich hatte er vermutlich etwas Positives über seine künftige Beamtenpolitik sagen wollen, die er bereits vor einiger Zeit in einem Artikel der „Sächs. Staatsztg.“ angedeutet hatte, in Wirklichkeit aber betonte er sich in rein negativer Richtung unter Zuhilfenahme der Personalpolitik seines Ministeriums, um die angebliche Beamtenpolitik, Bier- und Blutfamilienpolitik unter der Beamtenpolitik des verurteilten alten Systems festzuhalten. Wenn er dabei betonte, daß es ihm in der kurzen Zeit nach der Anfrage nur möglich war, einen kleinen Teil der Personalpolitik zu prüfen, so klingt das um so weniger glaubhaft, als sich seine einzelnen Fälle, die wiedergegeben sind allerdings nicht verlobt, auf lange Zeit vor dem Erlasse erstrecken und er demzufolge eine sehr stattliche Anzahl von Jahrgängen durchgeprüft haben muß. Daß er dabei so erschreckend wenig sagt, liegt sicher nicht an dem Fortschrittsgeist des Ministers. Immerhin stellt er die Ergebnisse für geeignet, mit neuen Feststellungen an die Öffentlichkeit zu treten, und wie man derartige Enthaltungen zu bewerten hat, wird denen nicht zweifelhaft sein, die an den ständigen Zusammenbruch aller der feinerartigen Anschuldigungen über die Geheimorganisationen denken.

Man kann es verstehen, daß Minister Lipinski angesichts der längsten Skandale, die mit dem Namen Ruffel und Lempe verbunden sind, und zu denen die Mahregelung des Ministerialdirektors Dr. Schmitt getreten ist, die Verpflichtung fühlt, seine zwar nicht Beamten- und Familien-, sondern Parteipolitik in der Beamtenpolitik zu revidieren, und wenn er aus dem dreimal geprüften alten System hervorgeht, daß mäßige Bezahlung, reiche Herkunft, Verlässlichkeit und eine repräsentable Frau die Merkmale der früheren Personalpolitik gewesen seien, daß neben den Vätern der Wirtschaft in der inneren Verwaltung besonders die aus der Bierfamilie, d. h. den städtischen Korporationen, sich ergebenden Beziehungen maßgebenden Einfluß auf die Stellenbesetzung ausgeübt haben, so hat er natürlich seinen Parteifreunden und deren Anhang recht und links aus der proletarischen Seele gesprochen. Das sind billige Vorwürfe, die jedes Proletariat oder gern hört, die aber natürlich schwer zu beweisen sind. Soll es ein Vorwurf sein, daß ein großer Teil der höheren Beamten kundenähnlichen Korporationen angehört hat, deren erziehlige Wirkungen den Betreffenden sicher nicht zum Schaden gewesen sind? Vielleicht steht es später mal in allen Personalakten derer von Lipinski's Gnaden, daß sie eifrige Mitglieder eines sozialistischen Turnvereins und eifrige Propagandaleute in den Gewerkschaften waren, wobei aber die Gewerkschaften heftigste Organisationen sind, was man von den Studentenorganisationen, noch dazu in den früheren Jahren, keineswegs behaupten kann. Soll es weiter ein Vorwurf sein, daß der Prozentsatz des Adels in der Beamtenpolitik so groß war? Er kann doch nur beweisen, wie viele fähige Verwaltungsbeamte aus seinen Kreisen hervorgegangen sind, und daß es kaum ein Vorteil für den Staat wäre, wenn man sie völlig beseitigen wollte.

Was der Minister sonst in seinen Einzelheiten enthält, ist beinahe noch lässlicher, als seine früheren Angaben über die Geheimorganisationen. Viele Punkte, wie die Verlesung eines Schreibens über die königliche Berufung zum Kammerherrn — gewiß keine Beamtenstellung — stehen in gar keinem Zusammenhang mit der Beamtenpolitik, und alles übrige schrumpft, wie der demokratische Abgeordnete Reinhold mit Recht betonte, auf zwei argwöhnische Fälle zusammen, die sich aber im Augenblick nicht nachprüfen lassen. Unter keinen Umständen können sie darum hinreichen, einen verdienten Beamten zu entlassen. Wieder einmal gehen schwere, unkontrollierbare Anschuldigungen ins Land und heben gegen die Beamtenpolitik. Ein Weiterleitungsfall auf der linken ist alles, was der Minister erzählt hat. Aber lediglich zur Erheiterung seiner Parteifreunde ist die ganze Sache doch zu ernst. Es handelt sich für den Minister einfach darum, ein vorbildliches, pflichttreues und sachkundiges Beamtenumfeld heranzuwürdigen und durch weitbergehende Anschuldigungen die Bahn für sozialistische Parteigänger freizumachen. Das Ganze regelt dann unter der Haube einer demokratischen Regierung der Verwaltung. Jahrszahl hat das Beamtenumfeld mühsam bewahrt, hat Staat und Gemeinwohl in gleicher Weise gedient, und mit einem Male taugt es nichts mehr. Darum spricht eine derartige Rede durchaus nicht gegen das Beamtenumfeld, sondern lediglich gegen die Regierung, der diese Beamten zu unabhängig von ihren Parteien sind. Lipinski hat selbst das Gefühl von der mangelnden Durchschlagkraft seiner Kennzeichnung des höheren Beamtenums, da er sich zu dem ihm sicher nicht leicht gewordenen Geständnis bekennen mußte, daß trotz dieser Personalpolitik sehr viele vorzügliche Juristen der Verwaltung angehören. Er hätte auch weitergehen und angeben müssen, daß also doch nicht die mäßige Bezahlung und Beamtenpolitik für die Beamtenlaufbahn maßgebend gewesen sein können. Aber dann hätte er keinen Grund für sein Programm, bei dem angeblich Fairheit und Verfassungstreue im Vordergrund stehen sollen. Ob aber in den Fällen Ruffel und Lempe der erste Grundriß hauptsächlich maßgebend war, ob der Grundriß auch im Rest seines Kollegen von der Justiz im Falle Lohse vorgeberricht hat, wird wohl außer bei den Sozialisten niemand zweifelhaft sein. Der Minister Lipinski mag sich aber darüber im klaren sein, daß er mit solchen Reden und mit einer derartigen praktischen Durchführung seiner Grundriße nur Verärgerung in das Beamtenumfeld tragen muß, nicht nur zum Schaden des Beamtenkörpers,

sondern noch mehr zum Schaden der Regierung selbst und des ganzen Staates, der damit seiner besten Stütze beraubt wird.

Nachstehend geben wir den Teil des Landtagsberichts wieder, der sich mit der Anfrage des Abg. Dr. Wagner (D.N.) befaßt über:

Mahregelung des Ministerialdirektors Dr. Schmitt

Die Anfrage hat folgenden Wortlaut:
„Der Herr Minister des Innern hat in einem im Staatsanzeiger jüngst erschienenen Artikel ausgedrückt, durch die Neuorganisation der Leitung der ersten Abteilung des Ministeriums des Innern solle die künftige Personalpolitik freigegeben werden von Familienanwartschaften und es solle den Fähigkeiten der Beamten ermöglicht werden.“ Wie will die Regierung diese die Ehre eines hochverdienten und bewährten Beamten, des Ministerialdirektors Dr. Schmitt, verletzende Behauptung beweisen? In welchen Fällen sind, seitdem Dr. Schmitt Leiter der ersten Abteilung dieses Ministeriums ist, im Bereiche dieses Ministeriums Männer befördert worden, bei denen man mit Recht sagen könnte, sie verdankten ihre Beförderung nicht ihrer persönlichen Eignung und Tüchtigkeit, sondern ihren Familienbeziehungen? Wer sind diese Männer?“

Der Redner kommt in keinen Vorlesungen an dem Schluß, daß durch den Beschluß in der Sitzung der ersten Abteilung die Bahn nicht frei gemacht worden sei von Familienanwartschaften, sondern freigegeben worden sei für Parteianwartschaften.

Innenminister Lipinski

erklärt auf die Anfrage u. a. folgendes:
Aus der Haltung des betr. Sachbes geht schon hervor, daß die künftige Personalpolitik in Gegenstand der Vergangenen gestellt werden soll. Diese reicht weit über die Amtszeit des Ministerialdirektors Dr. Schmitt hinaus. Es ist deshalb zu prüfen, wie die vergangene Personalpolitik getrieben wurde. Diese Prüfung wird davon ausgehen müssen, ob dem Fälligen die Laufbahn freiliegend oder ob besondere Beziehungen notwendig waren, um im Verwaltungsamt aufgenommen und befördert zu werden. Die Grundlage für die künftige Personalpolitik ist die Kabinettsverordnung über den inneren Verwaltungsdienst im Geschäftsbereich der inneren Verwaltung vom 22. Dezember 1902. Sie wurde als Kabinettsverordnung erlassen, den den Landtag auszuschalten und um vornehmlich den Reich den Zutritt zur inneren Verwaltung möglich zu machen, bei denen schon eine mittelmäßige Bezahlung für den Verwaltungsamt genügt. Im Gegensatz zur Kabinettsverordnung über die Vorbereitung für den höheren Verwaltungsdienst, auch seinem Referendar, ein Recht auf Zulassung zum Vorbereitungsdienst bei den inneren Verwaltungsstellen zu. Wenn der Referendar für die Zeitfrist in der inneren Verwaltung zugelassen ist und auch alle anderen Voraussetzungen im Vorbereitungsdienst erfüllt hat, dann wird ihm zwar nicht das Recht auf Zulassung zur Prüfung für den höheren Verwaltungsdienst verweigert, aber es erweist ihm aus der Prüfung selbst kein Recht auf Anstellung als Regierungsbeamter; er ist nur berechtigt, den Titel Referendar zu führen. Durch diese Verordnung war der Weg für die Familienpolitik freigegeben. Sie unterscheidet sich in die Praxis, und in die Bierfamilie.

Im Bereiche des Ministeriums des Innern waren die Leipziger Korps vom Rössler S. G. Saxonia, Polonia, Thuringia, die Bierfamilie, maßgebend, denen die Töchter von einflussreichen sächsischen Familien angehörten. Zwischen dem Korps Saxonia und dem Korps Suevia besteht ein besonderes Kartellverhältnis zu bestehen. In Weichen um Zulassung zum Dienst in der inneren Verwaltung wird auf die Korpszugehörigkeit Bezug genommen; auch sonst ist in den Akten die Korpszugehörigkeit erwähnt. Eine große Zahl der outlandischen höheren Staatsbeamten gehört den erwähnten Verbindungen an. Neben dem Adel stellt heute das Korps Saxonia-Suevia den größten Prozentsatz der sächsischen Amtshauptleute. Die Akten derer in der Verwaltung sorgten für die Unterstufe ihrer Nachkommen. Bekannt ist, daß in der Zeit der „Rebengeneration“ Wehner's der Ministerium des Innern hatte. Unter der Herrschaft des Ministeriums Grafen Wirthum u. Eckardt, seit 1913, unterstützt und gefördert vom damaligen Personalbeamten v. Kossig-Walkewitz (heute Kreisamtsmann in Baunzen) und seinen Helferstellern, hat die Adels- und Beamtenpolitik wahrer Triumphe gefeiert. In der Belegung der Amtshauptmannschaften kommt dies am schärfsten zum Ausdruck. Noch im Jahre 1910 waren von den 20 Amtshauptmannschaften allein 15, also mehr als die Hälfte, mit handverlesenen Personen besetzt. Die 5 Millionen zählende Bevölkerung Sachsens besteht aber nicht zur Hälfte aus adligen Personen. Es war Tradition, daß die Beamten immer rechtzeitig schon in die Posten der stellvertretenden Amtshauptleute eingeschoben wurden und tüchtige Beamte bürgerlicher Herkunft in die zweite Linie gedrückt wurden. Es war auch Tradition, daß manche Amtshauptmannschaften nur mit adligen Personen besetzt worden sind. Es wurde auch noch adligen Unterschied zwischen altem und neuem Adel gemacht. Dieses für Land und Volk schädliche System hat unter dem Ministerialdirektor Dr. Schmitt, der seit 1. September 1918 Vorstand der I. Abteilung war, fortgewirkt. Er hat es gedeutet und stillschweigend geduldet, daß das Geschick der höheren Beamten weiter in die Hand der Vorbesetzten gelegt wurde, die durch keinerlei Rücksicht behindert sein sollten, mündlich über den Beamten zu ur-

teilen, ohne daß der Beamte davon etwas erfährt oder gar in der Lage war, eine Gegenäußerung zu tun.

Der Minister sucht seine Behauptungen mit einer Reihe von Einzelheiten zu belegen und schließt seine Ausführungen: Ich fasse zusammen: Mäßige Bezahlung, reiche Herkunft, Verlässlichkeit und eine repräsentable Frau waren die Merkmale der früheren Personalpolitik. Und es war höchste Zeit, mit ihr gründlich aufzuräumen. Mit Verwaltungsmaßnahmen allein ist nichts getan. Ein Personalwechsel im Personalamt mußte vorgenommen werden und wird weiter vorgenommen werden, um Wandel zu schaffen. Mir liegt es fern, aus diesen Vorgängen allgemein den Schluß zu ziehen, daß alle höheren Beamten nicht genügend juristische Kenntnisse besitzen. Es ist zu verwundern, daß trotz dieser Personalpolitik so viele vorzügliche Juristen der Verwaltung angehören. Das angewandte System mußte aber zu einer Herabdrückung der Leistungen der Verwaltung führen. Das muß anders werden. In der inneren Verwaltung soll nur aufgenommen und befördert werden, wer dazu fähig ist und sich vorbehaltlos auf den Boden der republikanischen Verfassung stellt. Das ist das Ziel der künftigen Personalpolitik.

Die Aussprache.

Im Namen der sozialdemokratischen Fraktion spricht Abg. Müller, Chemnitz, die Erklärung ab, daß sie die Anfrage als einen weiteren Vorstoß auf die sozialistische Realisierung und im besonderen ihre Beamtenpolitik betrachtet. Es handele sich um ein reaktionäres Manöver. Das, was in der Beamtenpolitik bisher erreicht worden sei, befriedige die Fraktion nicht. Die Demokratisierung des Beamtenkörpers müsse noch energischer in die Wege geleitet werden. Abg. Bänger (D. Sp.) : Es habe sich, daß Ministerialdirektor Dr. Schmitt in einer recht unfreundlichen Weise entlassen worden sei. Das man so etwas in die Zeitung bringen, ist ungewöhnlich. Es befinde sich die geringste Möglichkeit, das Material nicht als Ereignis betrachten. Es liege der starke Verdacht vor, daß parteipolitische Gesichtspunkte in den Vordergrund gerückt würden. Abg. Dr. Reinhold (Dem.) ist empört darüber, daß sich der Minister Lipinski einen billigen Vorkriegsrolle auf der linken Seite verschafft habe, daß er sich verlas, wie der König sein Kammerherren ernannte. Was habe das mit dem Falle Schmitt zu tun? Die Ministerrede sei eine niedrige Einschätzung des Landtagsgenossen. Es blieben im Grunde zwei Fälle, die aber noch lange nicht hinreichten, einen tüchtigen auswärtigen Mann zu entlassen. Er wolle ebenfalls eine Demokratisierung des Beamtenkörpers, aber es dürfe keine politische Gehinnungsbehörde errichtet werden.

Abg. Dentler (D.N.) : Minister Lipinski habe eine humoristische Schilderung aus der früheren Zeit abgeben. Die Dintzelsens sei gewesen, daß nach früherer Anschauung eine gewisse Erziehung nützlich für derartige Beamtenstellen sei. Der heutige Tag habe gezeigt, daß diese Anschauung richtig sei. Eine solche Rede hätte ein Minister der alten Zeit nicht gehalten. Die Hauptstärke der Korps sei die Erziehung des Menschen. (Widerbruch links.) Die Rechte würden es zeigen, ob ihre Beamtenpolitik (nach links gewendet) oder die alte richtig ist.

Abg. Hehlein (Centr.) äußert, daß in der Regierung ein Einigungsgeist getrieben werde. Damit werde der demokratische Gedanke verachtet.

Abg. Müller, Leipzig, (Unabh.) schließt sich namens seiner Fraktion der Erklärung der Mehrheitssozialisten an. Er bezeichnet die Rede des Abg. Bänger als eine unerhörte Unfug. Der Präsident rät das.

1/8 Uhr wird die Aussprache, die unter großer Anwesenheit des Hauses vor sich genommen war, geschlossen. (Der übrige Teil des Landtagsberichts befindet sich auf Seite 2.)

Weitere Erhöhung der Güllertarife.

Berlin, 16. Febr. Die Angaben der Reichsbahnen haben sich in letzter Zeit bedeutend erhöht. An Arbeiter werden erhöhte Stundenlöhne und besondere Uebertrennungszuschläge bezahlt. Der Feuerungszuschlag der Beamten ist seit dem 1. Januar um 200 Mk. erhöht worden. Die Bezahlung der Reichsbahnen durch die Betriebe erhöhen sich auf 3 Milliarden. Da erfahrungsgemäß durch die Erhöhung der Bezüge auch eine Steigerung der Materialpreise eintritt, ist mit einer Ausgabenerhöhung von insgesamt 6 Milliarden zu rechnen. Die Bewilligung von Uebertrennungszuschlägen für die Beamten steht noch bevor. Die Reichsbahnen erhöhen zur Ausdehnung dieser Mehransgaben die Güllertarife, Tier- und Erpchanttarife, die bereits zum 1. Februar eine Steigerung erfahren haben, zum 1. März dieses Jahres wiederum um 20 Prozent. Eine weitere Berücksichtigung der Maßnahmen ist nicht möglich, da die Ausgaben zum größten Teil bereits seit dem 1. Januar eingetreten sind. Die Privatbahnen sind ermächtigt worden, sich der neuen Tarifsteigerung anzuschließen. Die Arbeiten der Reichsbahn, die auf eine Balancierung des Haushalts auch durch Verminderung der Ausgaben hinauslaufen, sind in vollem Gange. Im Haushalt für 1922 sind beispielsweise bereits über 50 000 Köpfe weniger vorgesehen, als zurzeit vorhanden sind. Von diesen sollen schon bis zum 1. April 20 000 eingepart werden. Auch Ersparnisse an Material, besonders an Kohlen und Schmieröl, sind durch besondere Maßnahmen schon für die nächste Zeit herbeigeholt. Die neuen Tarife stellen eine starke Belastung des Wirtschaftslandes dar, sind aber auch, abgesehen von der Notwendigkeit einer Balancierung des Eisenbahnhaushaltes, durch die fortgesetzten Preissteigerungen für alle Güter gerechtfertigt. Solange diese Aufwärtsbewegung der Preise anhält, kann sich die Reichsbahn dieser Entwicklung nicht entziehen. (W. T. B.)